

6. Covid-Beirat

Dringliches Postulat Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen), Tobias Langenegger (SP, Zürich), Thomas Vogel (FDP, Thalwil) vom 16. November 2020
KR-Nr. 417/2020, RRB-Nr. 1288/16. Dezember 2020

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen): Ich möchte vorweg betonen, dass das dringliche Postulat weder als Kritik noch als Misstrauensvotum gegenüber der Regierung zu verstehen ist. Der Regierungsrat hat in der Krise (*Corona-Pandemie*) in Bezug auf wirtschaftliche Hilfe rasch, entschlossen und gezielt gehandelt. Bereits im März 2020 hat er zusammen mit der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) und weiteren Geschäftsbanken ein Paket mit verbürgten Krediten im Umfang von über einer halben Milliarde Franken geschnürt, um zu verhindern, dass aufgrund von Liquiditätsschwierigkeiten Arbeitsplätze verloren gehen. Im Verlauf des Sommers hat er verschiedene Nachtragskredite beantragt, um Ertragsausfälle in besonders betroffenen Branchen zu kompensieren. Und auch die Verpflichtungskredite für die Umsetzung der Covid-Härtefallprogramme des Bundes hat er in Rekordzeit aufgegleist, sodass der Kantonsrat voraussichtlich bereits Ende Januar über die zweite Tranche entscheiden kann. Der Regierungsrat war stets bemüht, den von der Pandemie am meisten betroffenen Betrieben und Selbstständigerwerbenden möglichst rasch unter die Arme zu greifen.

Trotzdem sind wir der Ansicht, dass es klug gewesen wäre und nach wie vor ist, einen Covid-Beirat aus Fachleuten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Praxis einzusetzen, der dem Regierungsrat beratend zur Seite steht. Drei Gründe stehen für uns im Vordergrund:

Erstens: der ruhende Pol im Sturm. Der Regierungsrat ist es sich zwar gewohnt, sich mit unterschiedlichen Interessen verschiedener Anspruchsgruppen auseinanderzusetzen zu müssen und am Ende politische Entscheidungen zu fällen, die nicht alle glücklich machen. Normalerweise hat er für seinen Meinungsbildungsprozess aber Zeit, um eine sorgfältige Interessenabwägung vorzunehmen, nicht so in der Covid-Krise. Hier gibt nicht die Politik, sondern das Virus den Takt vor, wie unlängst eine Bundesrätin bemerkte. So ändern sich nicht nur die Rahmenbedingungen rasch und teilweise einschneidend, sondern es bestehen auch zahlreiche Abhängigkeiten und Wechselwirkungen von Massnahmen. Der Druck von Branchenverbänden und Direktbetroffenen ist enorm hoch. Entscheidungen müssen rasch und mit vielen unbekanntenen Variablen gefällt werden. Der Covid-Beirat könnte den Regierungsrat als unabhängiges fachliches Sounding Board zu politischen Vorstössen, als Beobachter und Vordenker seiner Corona-Strategie sowie als kritischer Begleiter bei der Umsetzung von Massnahmen zur Verfügung stehen. Dabei muss völlig klar sein, dass der Beirat zwar auf Augenhöhe diskutiert,

aber ausschliesslich beratende Funktion hat. Vorzugsweise nimmt er diese proaktiv und vorausschauend wahr, um Abläufe zu unterstützen und im besten Fall zu beschleunigen und sicher nicht zu verlangsamen und Sand ins Getriebe zu werfen. Der zweite Grund: Praxisorientierte Entscheidungshilfen. Auf Bundesebene gibt es die nationale Covid-19 Science Task Force, welche diese Rolle erfüllt. Die Ökonominnen und Ökonomen aus dieser Gruppe, die Gott sei Dank nicht ganz so geschwätzig sind wie die Mediziner und sich dezent im Hintergrund halte, wie sich das für einen Beirat gehört, haben unlängst festgestellt, dass die aktuellen Härtefallregelungen nicht ausreichen werden, um eine Konkurswelle von Firmen zu vermeiden, die unter normalen Umständen lebensfähig wären. Sie schlagen dem Bundesrat deshalb vor, die während der ersten Pandemie-Welle angebotenen Covid-19-Überbrückungskredite unverzüglich zu reaktivieren.

Der Kanton Zürich stellt dieses Gefäss zwar nach wie vor zur Verfügung, es wird aber zu wenig genutzt. Da für viele Firmen der Krisenverlauf genauso wenig absehbar ist wie für die Regierung, scheuen sie sich, eine reine Liquiditätshilfe in Anspruch zu nehmen. Sie können die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft offensichtlich zu wenig einordnen. Der Covid-Beirat könnte einen Plan für einen bedingten Schuldenerlass ausarbeiten, der für die Vollzugstellen handlungsleitend ist und den Firmen Planungssicherheit gibt. So kann verhindert werden, dass die Kredite suboptimal in Anspruch genommen werden und Arbeitsplätze unnötigerweise vernichtet werden.

Der dritte Grund: Es ist noch nicht vorbei. In seiner leider ablehnenden Antwort auf unsere Postulat findet der Regierungsrat, dass es nach den Hilfeleistungen im Rahmen der Härtefallregelung des Bundes keine weiteren strukturerehaltenden Wirtschaftshilfen und demzufolge keinen Beirat brauche, weil mit der Covid-Impfung die Rückkehr zum normalen Wirtschaftsleben ja absehbar sei. Nun, das wünschen wir uns natürlich alle sehr. Aber leider ist es nicht das erste Mal, dass der Regierungsrat die Entwicklung etwas zu optimistisch einschätzt. Und wenn wir den aktuell steilen Anstieg der Fallzahlen im Impf-Wunderland Israel sehen, dann wäre das Denken in Szenarien wohl nicht verkehrt.

Gesundheit schützen, Arbeitsplätze retten, kein Schuldenberg für unsere Kinder: In diesem Dreigestirn gilt es, den Kanton Zürich mit möglichst optimalem Setting von staatlichen Massnahmen und Wirtschaftshilfen durch die Krise zu manövrieren. Dank der soliden bürgerlichen Finanzpolitik der letzten Jahre haben wir heute eine massvolle Verschuldung und können es uns leisten, in die Aufrechterhaltung von Strukturen zu investieren, die ohne Covid nicht in Gefahr wären. Wir können und sollen mit staatlichen Mitteln nicht alle finanziellen Schäden, die Corona verursacht hat, decken. Wir können und müssen aber dafür sorgen, dass die langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten nicht höher sind. Der Covid-Beirat könnte dank seiner Fachlichkeit, seiner Unabhängigkeit und seinem Praxisbezug wichtige Entscheidungsgrundlagen liefern, damit die Mittel möglichst zielgerichtet und mit einem hohen volkswirtschaftlich und gesellschaftlichen Nutzen eingesetzt werden. Ich bitte Sie daher, das dringliche Postulat zu unterstützen.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Die Schaffung eines Covid-Beirats, der Kriterien und Richtlinien für die Vergabe von Covid-Bürgschaften erarbeitet und dem Regierungsrat Entscheidungsgrundlagen für die zusätzliche Vergabe staatlicher Finanzhilfen unterbreitet, ist vor dem Hintergrund der bereits beschlossenen und in die Wege geleiteten Massnahmen weder zielführend noch notwendig. Pandemien müssen in den bestehenden Strukturen behandelt werden. Hier ist die Umsetzung des kantonalen Härtefallprogramms zu nennen, Vorlage 5663, wofür in Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 25. September 2020 über die gesetzlichen Grundlagen für die Verordnung des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie die Grundlage geschaffen wurde. Auf dieser Entscheidungsgrundlage wird der Regierungsrat auch die vom Bundesrat dem Bundesparlament mittels Änderung des Covid-19-Gesetzes beantragte Erhöhung der Gesamtsumme für Härtefälle im Rahmen des vorgesehenen Verteilschlüssels mittragen. Die Zuteilung der Hilfen würde durch die Schaffung eines zusätzlichen Entscheidungsgremiums verzögert. Des Weiteren tragen die in Vorlage 5663 vorgesehenen Kriterien dazu bei, die Rechtsgleichheit, Artikel 8 und 9 Bundesverfassung, beispielsweise Artikel 11 Kantonsverfassung, zu gewährleisten. Ein zusätzliches Gremium wird nicht zwangsläufig zu einer besseren Beurteilung kommen, wo und welche staatlichen Beihilfen den grössten volkswirtschaftlichen Nutzen bringen und gleichzeitig betriebswirtschaftlich sinnvoll sind. Nicht zuletzt aufgrund des zeitlichen Aspekts ist es deshalb sachdienlicher, dass im Rahmen der Vorlage 5663 die entsprechenden Geschäfte in den Kommissionen behandelt werden und die Hilfen schnell, effizient und zielgerichtet umgesetzt werden. Hier darf durch einen Covid-Beirat keinesfalls noch eine weitere Stufe geschaffen werden, welche alles nochmals verzögern würde. Die Schaffung eines Covid-Beirats ist eine überflüssige administrative Idee. Ein zusätzlicher Covid-Beirat erschwert die gesetzlich geregelte Entscheidungskompetenz und verzögert die Umsetzung der staatlichen Finanzhilfen über das bereits geplante Härtefallprogramm.

Aus diesen Gründen beantragt die SVP-Fraktion die Ablehnung des Antrags. Danke.

Cyrrill von Planta (GLP, Zürich): Die Grünliberale Partei beantragt Ihnen, diesen Vorstoss abzulehnen. Unserer Meinung nach geht es hier vor allem um Publicity. Dass dieser Vorstoss, wenn er überwiesen wird, zielführend ist, bezweifeln wir stark. Für Dringliches ist der Kantonsrat schlichtweg zu langsam, das sieht man sehr gut bei diesem Postulat, das als dringlich erklärt wurde. Der ursprüngliche Grund für dieses Postulat, nämlich die Härtefallkredit-Vorlage (*Vorlage 5663*), wurde inzwischen im Rat bereits verabschiedet, und wir sind bereits beim zweiten Durchgang dieser Vorlage, ohne dass es in der Zwischenzeit einen Expertenrat gebraucht hätte. Zudem gibt es bereits – Frau Frey-Eigenmann hat es gesagt – einen solchen Beirat auf Bundesstufe, und von Bundesstufe kommen im Übrigen auch die meisten Bestimmungen zu diesen Härtefall-Vorlagen. So gesehen ist der Kanton – und der Kantonsrat insbesondere – hier mehr ein Ausführungsgehilfe und weniger ein bestimmendes Organ. Das muss man halt einfach auch akzeptieren können in einer solchen besonderen Lage.

Letztendlich – das ist uns auch wichtig zu sagen – halten wir eine solche Zusatzbehörde schlichtweg für eine zusätzliche Belastung für die Verwaltung, die es im Moment nicht braucht. Die Verwaltung hat sehr viel zu tun, und ich glaube nicht, dass es jetzt noch etwas bringt, wenn wir noch eine weitere Stelle im Organigramm anhängen.

Zu guter Letzt: Ich denke auch, dass wir in der Verwaltung bereits Experten dafür haben, das Volkswirtschaftsdepartement ist ja in FDP-Hand. So gesehen erstaunt es uns natürlich, dass die FDP einen Bedarf für zusätzliche Experten sieht. Wir beantragen Ihnen Ablehnung und hoffen, dass Sie uns folgen. Danke.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Wenn ich die Postulatsantwort der Regierung lese, bin ich mir nicht ganz sicher, ob wir vom Gleichen sprechen. Der Regierungsrat argumentiert stark mit dem ersten Härtefallprogramm, also der Vorlage 5663. Dieses Programm – meine Vorredner und mein Vorredner haben es gesagt – ist verabschiedet und die Referendumsfrist läuft demnächst ab. Hier geht es aber genau nicht um die Vorlage 5663, sondern um einen Beirat, der – das steht so im Text – über die Vorlage 5663 hinausgeht.

Schauen wir kurz zurück, Beatrix Frey-Eigenmann hat es bereits erwähnt: Mit dem Regierungsratsbeschluss 262/2020 hat die Regierung sehr rasch gehandelt und Massnahmen ergriffen. Da es sich primär um Kredite gehandelt hatte, war die Ausgestaltung eben dieser weniger ein Thema. De facto durften alle einen Kredit nehmen und der Kanton deckte 85 Prozent des Risikos, damit die Banken nicht zu restriktiv sind. Doch schon bei der Vorlage 5663 wurde es schwierig. Von allen Seiten wurde Kritik laut, und gleichzeitig mussten die Regierung wie auch wir, der Kantonsrat, sehr rasch handeln. In dieser Dynamik wäre ein Beirat enorm nützlich. Und damit wir uns richtig verstehen: Der Beirat entscheidet gar nichts. Er bietet Unterstützung, liefert Grundlagen. Damit wird sichergestellt, dass niemand vergessen geht, weil sie oder er nicht auf dem Radar der Regierung oder auch von uns hier drin ist oder, um es drastischer zu sagen: Es gewinnt nicht einfach, wer am lautesten ruft. Insofern wäre das nur fair. Ganz generell kann man aber sagen, dass ein breit aufgestelltes Gremium sowieso nützlich ist. Corona ist eine so dynamische Geschichte, dass sich die Situation wöchentlich verändert. Und da wäre es sehr hilfreich, wenn man eine breite und direkte Verbindung ins Feld hätte, von Arbeitgeberinnen- bis Arbeitnehmerverbänden, von Gastro bis IT, eine breite Palette.

Denn was an der Antwort der Regierung wirklich irritiert, ist, dass nach der Vorlage 5663 dann Schluss sein soll, denn mit der Impfung komme ja dann alles gut. Ich meine, das ist das Prinzip Hoffnung, und das Prinzip Hoffnung hat uns bei Corona bisher eigentlich nie irgendwas gebracht. Vielleicht hat man das am 16. Dezember 2020 noch so denken können, bereits heute, am 18. Januar 2021, ist wieder alles komplett anders. Und das zeigt genau, wie rasant die Entwicklungen sein können. Und umso wichtiger ist ein breiter unterstützender Beirat. Deshalb unterstützt die SP dieses Postulat. Tun Sie es auch, besten Dank.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Von Andy Warhol (*amerikanischer Künstler*) ist die Aussage überliefert, in Zukunft werde jeder einmal für 15 Minuten weltberühmt sein. Wenn dies unser Ziel ist, dann ist ein Covid-Beirat eine interessante Idee, würde er doch rund einem Dutzend Experten die Möglichkeit bieten, sich auch noch in den Fokus der Aufmerksamkeit zu stellen; vielleicht nicht gerade der weltweiten Aufmerksamkeit, dafür länger als nur eine Viertelstunde. Der Glamour-Faktor eines kantonalen Covid-Beirates würde zwar nicht an jenen der nationalen Task Force heranreichen, aber besser als nichts wäre er allemal.

Wenn unser Ziel jedoch eine möglichst rasche, effiziente und gerechte Unterstützung des gebeutelten Gewerbes ist, dann halte ich es doch eher mit dem Regierungsrat: Ein zusätzliches Gremium würde viel Bürokratie bringen und kompliziertere Abläufe, aber keine besseren und vor allem keine rascheren Entscheide. Ein Covid-Beirat wäre auch ganz und gar nicht immun gegen das Lobbyieren von gewissen Branchen und die daraus entstehenden Ungerechtigkeiten.

In der kantonalen Verwaltung gibt es bereits zahlreiche Fachleute, welche die Zürcher Volkswirtschaft sehr gut kennen. Ausserdem kann der Regierungsrat überall dort, wo es ihm angezeigt scheint, auch das Gespräch mit weiteren Experten suchen, ohne dass er dafür ein formelles Gremium einrichten müsste. Und letztlich muss der Regierungsrat selbst entscheiden und kann die Verantwortung für seine Entscheide nicht auslagern. Wir sollten dem Regierungsrat also kein Gremium zur Seite stellen, das er nicht will und nicht braucht.

Eine Anmerkung zu einem Detail der regierungsrätlichen Antwort: Ob die Vorlage 5663 abschliessend ausreicht oder ob wir, je nach Verlauf der Epidemie und nach den weiteren bundesrätlichen Massnahmen, nochmals nachlegen müssen, das können wir jetzt noch gar nicht wissen. Aber das gehört bei Corona einfach dazu, wir wissen nie, was als Nächstes kommt.

Zurück zum Postulat: Die Grünen lehnen ab. Danke.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste AL wird auch dieses dringliche Postulat nicht überweisen. Es handelt sich hier um den zweiten Vorstoss der Koalition der Vernunft, aber auch dieser zweite Vorstoss kann dem hohen Anspruch nicht genügen. Es handelt sich hier um einen typischen Corona-Vorstoss. Er ist einerseits veraltet, wenn wir ihn behandeln, trotz Dringlichkeit. Er ist aber andererseits auch untauglich. Er ist veraltet, weil wir das Härtefallprogramm bereits im Dezember 2020 beschlossen haben. Und hier muss man sagen, dass der Bürgerblock, bestehend aus FDP, CVP und SVP, krachend versagt hat. Sie haben die Zuteilungskriterien von Unterstützungsbeiträgen verschärft. Erst wenn man eine Umsatzeinbusse von 50 Prozent hat, kann man ein Gesuch stellen. Das heisst, es werden zahlreiche Betriebe, die dringend auf Unterstützung angewiesen wären, hier von diesem Härtefallprogramm ausgeschlossen.

Zusätzlich wird aber auch der Planungshorizont für diese betroffenen Firmen massiv verschlechtert, denn erst im Frühjahr oder Frühsommer werden sie erfahren, ob sie den ganzen Betrag, den sie beantragt haben, erhalten oder ob es, wenn das Geld nicht reicht, dann eben eine lineare Kürzung geben wird. Aber die Betriebe müssen heute wissen, wie viel Liquidität sie kriegen, denn sie müssen heute

entscheiden, ob sie den Betrieb einstellen sollen, ob sie die Bilanz deponieren sollen, um das Kapital noch zu schützen, oder ob sie weitermachen können. Also auch hier: völlig versagt.

Das Postulat ist in dem Sinn Wischiwaschi, ich zitiere: «Der Regierungsrat wird gebeten, einen Covid-Beirat einzusetzen, wo staatliche Finanzhilfen über das bereits geplante Härtefallprogramm notwendig und zweckmässig sind.» Wenn man das will, dann müsste man einen Finanzantrag stellen und sagen, wie viel Geld man dann zusätzlich einsetzen möchte. Dann macht es auch keinen Sinn, wenn wir hier einen zusätzlichen Covid-Beirat haben. Was wir brauchen, sind klare Zuteilkriterien, damit die Betriebe mit diesen Härtefallgeldern rechnen können. Was wir sicher nicht brauchen, ist ein Beirat, der dann nach seinem Gutdünken diese Gelder verteilen würde. Wir können da dann schon fast von Willkür sprechen, die dieser Beirat dann ausüben könnte. Das ist sicher für die Zürcher Wirtschaft nicht zweckdienlich.

Die bürgerliche Sparkoalition hat in diesem Bereich versagt. Gott sei Dank eilt nun der Regierungsrat mit der zweiten Tranche des Härtefallprogramms der Zürcher Wirtschaft zu Hilfe. Er wird das Hilfsprogramm aufstocken und er wird auch die Zuteilkriterien nochmals überarbeiten. Da ist gut so und dieses dringliche Postulat braucht es nicht. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht, fraktionslos): Ich sehe dieses Postulat als Hilferuf. Ich sehe dieses Postulat als Hilferuf einer Freisinnigen Partei, Entschuldigung Frau Beatrix Frey-Eigenmann, welche damit feststellt, dass ihre Vertreterin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) im Regierungsrat nicht durchdringt, die grossen Probleme unserer Wirtschaft entsprechend anzubringen. Und ich muss Ihnen sagen: Er ist ja auch eingeschränkt, dieser Beirat. Er ist eingeschränkt auf das Wirtschaftliche. Wir werden also sicher nicht solche Zustände wie in Bern sehen, wo in diesem Covid-Rat die wirklich «kurligsten» Vorstösse und Voten gemacht werden, dies ohne Wissen des Bundesrates mit eigenen Pressekonferenzen und so weiter. Das würde der Regierungsrat in Zürich, da bin ich sicher, nicht tun und nicht zulassen. Aber es braucht es. Es braucht endlich Leute aus der Wirtschaft und aus den Gewerkschaften, richtig, welche dem Regierungsrat beistehen können. Und dem Regierungsrat beistehen können heisst nicht, dass man nach draussen geht. Es ist urschweizerisch und urzürcherisch, dass man da miteinander vorgeht. Das scheint mir nicht so gewesen zu sein in den vergangenen Monaten oder nicht immer. Ergo braucht es einen solchen Beirat, aber keinen öffentlichen Warhol-Beirat, wie Sie das gesagt haben, Herr Heierli, sondern einen Beirat, der mit gesundem Menschenverstand da ist.

Jetzt noch etwas anderes: Ich habe vorher Frau Rickli (*Regierungsrätin Natalie Rickli*) etwas (*im Rahmen der Behandlung des dringlichen Postulates KR-Nr. 416/2020 [Traktandum 5], zu dem Regierungsrätin Jacqueline Fehr, Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern Stellung genommen hat*) gefragt. Sie ist immer noch da (*für die Behandlung der folgenden Traktanden*), sie hat mir die Antwort nicht gegeben, vielleicht gibt sie sie mir ja noch. Es ist wirklich eine

Frage, die ich gestellt habe, und die könnte man ja auch beantworten. Also ich werde diesen Beirat unterstützen.

Regierungsrat Ernst Stocker: Sie haben es der Antwort entnommen, der Regierungsrat erachtet die Einsetzung einer Expertengruppe als nicht zielführend, wenn ich nur schon an die Erwartungen denke, die hier in dieses Instrument gesetzt würden, nämlich dass alles und jedes abgedeckt werden könnte, der Zürcher Wirtschaft, der Zürcher Arbeitnehmenden, ja, von allem. Nur schon die Zusammensetzung dieses Gremiums würde – davon bin ich überzeugt – zu unzähligen Diskussionen führen. Es wurde gesagt: Verantwortung würde nicht getragen. Und ob das Gremium dann so schnell eine einheitliche Meinung vertreten könnte? Mir fehlt schlicht der Glaube.

Ich bin mit Tobias Langenegger einverstanden: Unsere Antwort ist nicht mehr aktuell. Das zeigt ja gerade die Dynamik in diesem Geschäft. Sie ist schon uralt zu Corona-Zeiten, obschon sie erst einen Monat alt ist. Stellen Sie mal fest, schauen Sie mal in Ihren Unterlagen, wann Sie im Kantonsrat über ein Geschäft sprechen, das einen Monat alt ist und zu dem eigentlich alles pulverisiert ist. Das ist die Dynamik, in der wir drinstecken. Deshalb möchte ich Ihnen schon sagen und aus der alten Vorlage zitieren: Es liegen Ihnen Anträge auf dem Tisch, dass der Kanton Zürich über 110 Millionen Franken selber für Covid-Hilfen zahlen wird und dass mit den vom Bund in Aussicht gestellten Mitteln momentan 500 Millionen Franken zur Verteilung im Kanton Zürich zur Verfügung stehen. Und der Bundesrat hat versprochen, dass noch weitere Mittel gesprochen werden.

Zu diesen Rezepten, die Sie von diesem Covid-Beirat erwarten – es mag ja sein, dass gewisse Anstösse kommen könnten –, aber was mich am meisten irritiert, ist, dass gerade die FDP nur den Weg über zusätzliche Mittel sieht. Ich habe immer geglaubt, es gehe auch in Corona-Zeiten nicht nur um immer noch mehr Mittel, sondern auch um die Möglichkeit, den Betrieben mehr unternehmerische Freiheiten zu geben. Wir könnten zum Beispiel die Investitionen erhöhen. Wir könnten die Unternehmenssteuern senken oder erhöhen. Wir könnten auch Vorschriften abschaffen. Wir könnten die Ladenöffnungszeiten lockern. Wir könnten Kontingente für Fachkräfte aufheben. Die Rezepte sind eigentlich bekannt. Und die Frage auch, wo die Gelder hingegen, die Diskussionen sind ja momentan nur: Zahlt endlich! Stocker, zahl doch einmal! Ob die Gelder an den richtigen Ort kommen, interessiert momentan eigentlich niemanden. Ich bin mir nicht sicher, ob hier am Schluss auch noch Diskussionen darüber geführt werden. Was will man denn mit grossen Beiträgen unterstützen? Internationale Hotelketten in ausländischer Hand oder familiengeführte langjährige kleinere Hotels im Zürcher Niederdorf? Ein kleines Restaurant mit Migrationshintergrund mit drei Personen oder eine grosse Restaurantkette mit 100 Millionen Franken Umsatz? Den kleinen Quartierladen oder den grossen Autovermieter? Das sind alles Leute, die Ansprüche haben.

Ich glaube, dieses Postulat ist gutgemeint, aber wir sollten Zürich nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen. Zürich ist 20 Prozent des Bundes. Der

Covid-Beirat des Bundes ist ja für mich auch nicht immer das Alleinseligmachende, aber er denkt auch für Zürich, insbesondere, weil besonders viele Experten aus Zürich dabei sind. Deshalb, glaube ich, brauchen wir nicht noch einen Beirat.

Und etwas möchte ich Ihnen schon noch sagen: Ja, der Regierungsrat hat Hoffnung. Denn manchmal, wenn ich die Medien lese, habe ich das Gefühl, man macht nur eines: Angst, Angst und nochmals Angst. Das kann doch nicht das Rezept des Parlaments und der Regierung sein, den Leuten nur Angst einzujagen. Und etwas Beruhigendes ist auch noch da: Irgendwann wird es zu Ende sein und dann, sagen alle Experten unisono, wird es eine rasche Erholung geben. Daran glaube ich und wünsche es mir auch. Das wird hoffentlich eintreten – auch ohne Covid-Beirat. Ich bitte Sie deshalb, den Vorstoss abzulehnen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 417/2020 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.